

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 848 ppbn d



## Inhalt

Albrecht Müller MdB zum Erfordernis, die Luftstreitkräfte in die Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen: Für ein tiefflugfreies Mitteleuropa. Seite 1

Rolf Linkohr MdEP zum exemplarischen Beschluß der britischen Regierung, die Arbeiten an einem Atom-Projekt einzustellen: Das Aus für den Schnellen Brüter. Seite 2

Manfred Reimann MdB zum Status von Frauen, deren Computer neben dem Küchentisch steht: Situation der Teleheimarbeiterinnen endlich verbessern! Seite 3

Peter Wintruff MdL zur Forderung, das Sonderprogramm in Baden-Württemberg zur Sicherung von Ausbildungsplätzen fortzuführen: Späth darf benachteiligten Jugendlichen die Hilfe nicht verweigern. Seite 4

Reinhold Hiller MdB zum Erfordernis, mit Ostberlin einen Geldumtausch oder eine Verrechnungsmöglichkeit auszuhandeln: Finanz-Belastung durch DDR-Besucher beseitigen. Seite 5

Dokumentation  
Gemeinsame Aktionen gegen die WAA haben die bayerischen und oberösterreichischen Jusos beschlossen. Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

43. Jahrgang / 139

25. Juli 1988

### Für ein tiefflugfreies Mitteleuropa

Zum Erfordernis, die Luftstreitkräfte in die Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen

Von Albrecht Müller MdB

Die gemeinsam verabschiedete Resolution des rheinland-pfälzischen Landtags hat Schlagzeilen gemacht. Vor allem die Forderung, ein Konzept zu erarbeiten, das Tiefflüge langfristig überflüssig macht.

Schnelle oder absehbare Gelegenheit ist dazu gegeben, würden die Bundesregierung und die NATO sich endlich nicht mehr weigern, über eine Reduzierung der Luftstreitkräfte zu verhandeln. Die seriös nicht bestreitbare Überlegenheit der westlichen Luftwaffe gegenüber der des Warschauer Pakts macht die Begründung mit sicherheitspolitischen Erfordernissen noch fragwürdiger.

Die Bundesregierung muß sich endlich den Signalen Gorbatschows im Interesse unserer Bevölkerung öffnen und die Luftstreitkräfte in die Abrüstungsverhandlungen einbeziehen. Die SPD wird dazu entsprechende Initiativen ergreifen.

Der Bevölkerung in der Bundesrepublik - vor allem in der Pfalz - kann der Terror aus der Luft nicht länger zugemutet werden. Verhandeln macht Sinn - nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag warten.

Der SPD ist es gelungen, mit osteuropäischen Staaten atom- und chemiewaffenfreie Zonen auszuhandeln. Analog dazu ist ein tiefflugfreies Mitteleuropa anzustreben. Es dient, den tieffluggeplagten Menschen und der Entspannung in Europa. Die SPD ist mit ihren Erfahrungen, wie man das macht, gerne zur Unterstützung und Hilfe bereit.

(-/25.7.1988/rs/ks)



**Das Aus für den Schnellen Brüter**

Zum exemplarischen Beschluß der britischen Regierung, die Arbeiten an diesem Atom-Projekt einzustellen

Von Rolf Linkohr MdEP

Der Beschluß der britischen Regierung, den Bau des Schnellen Brüters in Dounreay im Norden Schottlands nicht mehr länger zu finanzieren, bedeutet ein Ende der Schnellbrüter-Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft. Die britische Regierung hat am Donnerstag bekannt gegeben, daß Dounreay Mitte der 90er Jahre geschlossen werden soll und die Wiederaufbereitungsanlage ebenfalls nur noch bis zu diesem Zeitpunkt arbeiten wird. Ansonsten sollen die Arbeiten bis zu diesem Zeitpunkt langsam eingestellt werden.

Der Grund für den Beschluß der britischen Regierung ist wirtschaftlicher Art: Es wird argumentiert, daß bis zu einem Zeitpunkt von bis zu 30 oder 40 Jahren die Schnelle-Brüter-Entwicklung nicht ökonomisch sein wird. Deswegen bestehe kein Grund, sie weiterhin seitens des Staates oder der Industrie zu finanzieren.

Für die Europäische Schnelle-Brüter-Entwicklung, an der sich die Briten seit Beginn beteiligt haben, bedeutet dies - das kann man nicht anders interpretieren - ein langsam, aber sichtbares Ende. Denn es gibt kaum eine Industrie, die nicht derart europäisch verflochten ist, wie der Schnelle Brüter. Es wird deshalb auch keine Folgeentwicklung geben, so wie das noch bis vor kurzem von der Europäischen Kommission gewünscht wurde, also etwa einen Nachfolgereaktor für den Super-Phenix, für den unter anderem auch Deutschland ausersehen war. Es wird auch keine Wiederaufbereitungsanlage geben: es sei denn, Frankreich entschließt sich allein für die anderen, diese Entwicklung auf die eigene Schulter zu nehmen. Aber nachdem auch der Schnelle Brüter Super-Phenix in Frankreich Schwierigkeiten hat, darf man davon ausgehen, daß die Schnelle-Brüter-Entwicklung in Europa beendet ist.

Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen? Zum ersten: Wir müssen die Kommission auffordern, ihren eigenen Kurs in der Atomenergie zu korrigieren. Denn die Kommission geht immer noch davon aus, daß die Schnelle-Brüter-Entwicklung die nächste Stufe in der Nuklearentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft ist. Wir werden jedenfalls die Europäische Kommission auffordern, entsprechend dem Beschluß, den die Sozialistische Fraktion für Energiepolitik gefaßt hat, aus dieser Technologie in Stufen auszusteigen, wobei wir darunter auch die klassische Nuklearindustrie Siedewasserreaktor und Druckwasserreaktor verstehen und durch andere Energiearten ersetzen.

Die zweite Schlußfolgerung muß sein, daß im Falle Großbritanniens der Norden Schottlands, wo die Nuklearindustrie der einzige größere Arbeitgeber ist, eine andere industrielle Perspektive erhält. Die Arbeitsplätze dürfen nicht einfach verschwinden, sondern es müssen alternative Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch da hat die Kommission die Pflicht und auch Möglichkeit zu helfen.

Die dritte Schlußfolgerung, die wir ziehen müssen, ist, daß auch in der Bundesrepublik dem Schnellen Brüter in Kalkar endlich ein Schlußpunkt gesetzt wird. Denn was für Großbritannien Gültigkeit hat, nämlich die Unwirtschaftlichkeit dieser Reaktorlinie, ist wohl auch für die Bundesrepublik nicht falsch. Und in dieser Logik liegt auch der Verzicht auf den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.

(-/25.7.1988/rs/ks)

\* \* \*

Situation der Teleheimarbeiterinnen endlich verbessern!

Zum Status von Frauen, deren Computer neben dem Küchentisch steht

Von Manfred Reimann MdB  
Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Der Arbeitsplatz im heimischen Wohnzimmer, der Computer neben dem Küchentisch - für viele Frauen in der Bundesrepublik ist das bittere Realität.

Als Hausfrauen und Mütter haben Frauen nur geringe Chancen, eine Arbeit zu finden. In der Bildschirmarbeit zu Hause sehen sie oft eine Möglichkeit, Hausarbeit und Berufsarbeit miteinander zu vereinbaren.

Doch der Preis ist hoch: Teleheimarbeiterinnen sind arbeits- und sozialrechtlich kaum abgesichert. Als geringfügig Beschäftigte, als freie Mitarbeiterinnen oder als Selbständige - meist mit geringem Einkommen - werden sie vom Schutz der Sozialversicherung nicht erfaßt. Auch der Status einer Heimarbeiterin bietet nur eine begrenzte Absicherung. Beispielsweise gibt es nach dem Heimarbeitsgesetz keinen Kündigungsschutz, kaum tarifliche Regelungen.

Statt der erhofften größeren Selbständigkeit ist Teleheimarbeit in den meisten Fällen eine monotone, standardisierte Tätigkeit, die durch den flexiblen Einsatz je nach Auftragslage zu einer Belastung für die Arbeitnehmerinnen und ihre Familien wird. Den Arbeitgebern eröffnet sich aufgrund der Notlage der Frauen, die durch die Massenarbeitslosigkeit noch bedrückender wird, der Rückgriff auf ein anpassungswilliges Arbeitskräfte-reservoir. Die Mehrzahl der Teleheimarbeiterinnen ist notgedrungen bereit, auch nachts und am Wochenende zu arbeiten, wenn es der Arbeitgeber wünscht.

Die Arbeitgeberseite feiert den Arbeitsplatz zu Hause immer noch als Schritt zu einer menschenge-rechteren Arbeitsstruktur. Ihr kann die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und der Arbeitszeiten nur recht sein. Fragen des Gesundheitsschutzes und der Unfallverhütung werden systematisch heruntergespielt. Die Einflußmöglichkeiten des Betriebsrates sind in diesem Sektor meist gleich Null.

Auch die Bundesregierung bleibt untätig. Die Tatsache, daß es keine statistischen Daten über das Ausmaß der Teleheimarbeit von Frauen gibt, veranlaßt sie zu der Aussage, daß „angesichts der noch sehr geringen Zahl der mit Telearbeit Beschäftigten zur Zeit kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf“ besteht. Die Bundesregierung beruft sich auf ein Gutachten der Universität Hannover, wonach in der Bundesrepublik derzeit höchstens 500 bis 1.000 Menschen als Teleheimarbeiter beschäftigt sind.

Diese Zahlen sagen kaum etwas aus, da sie nur die sogenannten Online-Arbeitsplätze umfassen, die kommunikationstechnisch mit ihrem Betrieb verbunden sind und - zumindest auf dem Papier - arbeits- und sozialrechtlich mit den normalen Beschäftigten des jeweiligen Betriebs gleichgestellt sind.

Teleheimarbeit von Frauen gehört in den meisten Fällen zu den Formen ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Genaue Zahlen über das Ausmaß dieser Arbeitsverhältnisse ohne soziale Absicherung liegen bisher nicht vor. Nach Schätzungen des Berliner Wissenschaftszentrums müssen heute ein bis zwei Millionen Frauen in ungeschützten Arbeitsverhältnissen ihren Lebensunterhalt verdienen. Von mangelndem Handlungsbedarf kann da keine Rede sein! (-/25.7.1988/rs/ks)

Späth darf benachteiligten Jugendlichen die Hilfe nicht verweigern

Zur Forderung, das Sonderprogramm in Baden-Württemberg zur Sicherung von  
Ausbildungsplätzen fortzuführen

Von Peter Wintruff MdL

Berufsbildungspolitischer Sprecher der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion

Die SPD hat die Landesregierung aufgefordert, das Sonderprogramm zur Sicherung von Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche fortzuführen und die Auszahlung der Landesmittel für das Programmjahr 1988 unverzüglich einzuleiten.

Es wäre besser, wenn der Ministerpräsident zugunsten der Jugendlichen auf die rasche Umsetzung des Landeshaushalts in diesem Bereich drängen würde, statt mit zweifelhaften Zwangsmaßnahmen die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz diskriminieren zu wollen.

Die Landesregierung hat im Gegensatz zu den vergangenen Jahren auch im Juli noch immer keine Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen nach dem Sonderprogramm zur Sicherung von Ausbildungsplätzen erlassen, obwohl das Ausbildungsjahr 1988 unmittelbar nach dem Ende der Schulferien beginnt.

Während in den vergangenen Jahren diese Richtlinie jeweils bereits Anfang April erlassen worden ist, und damit die Auszahlung der Landesmittel des Ausbildungsplatz-Sonderprogramms begonnen werden konnte, liegen in diesem Jahr die im Landeshaushalt für diesen Zweck vorgesehenen fünf Millionen Mark immer noch auf Eis. Immerhin wurden die Landesmittel für das Sonderprogramm in einem Haushaltsnachtrag im Jahr 1987 von zehn Millionen Mark auf 17 Millionen Mark aufgestockt, nachdem dafür noch 1986 über 30 Millionen Mark bereit standen.

Die SPD begründet ihre Forderung nach einer Fortführung des Sonderprogramms damit, daß die allgemeine Verbesserung der Lage auf dem Ausbildungs-Stellenmarkt kaum zur einer Verringerung der Zahl der sogenannten „Problemjugendlichen“ geführt hat.

Auch ist die Zahl der unvermittelten Mädchen unverändert hoch. Für sie, wie auch für behinderte und ausländische Jugendliche besteht noch immer eine erhebliche Konkurrenz um die Ausbildungsplätze, da die Eingangsqualifikationen infolge der technologischen Entwicklung sich beständig erhöht haben. Auch um die Aufnahme von Auszubildenden aus Konkursbetrieben zu erleichtern, kann auf staatliche Zuschüsse an die „Ersatzbetriebe“, die diese schwierige Aufgabe kurzfristig übernehmen, nicht verzichtet werden.

(-/25.7.1988/rs/ks)

\* . . \*

**Finanz-Belastung durch DDR-Besucher beseitigen**

Zum Erfordernis, mit Ostberlin einen Geldumtausch oder eine Verrechnungsmöglichkeit auszuhandeln

Von Reinhold Hiller MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Manche von uns erinnern sich noch daran: Onkel, Tante, Vettern und Cousinen in der DDR waren nur durch Briefe, später durch gelegentliche Telefonate zu erreichen. Die Sehnsucht nach persönlichem Kontakt war groß, aber unerfüllbar, bis die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten durchlässiger machte.

Inzwischen ist die Zahl der Besuche aus der DDR stark angewachsen.

Die so lange ersehnten persönlichen Kontakte zwischen Verwandten und Freunden über die deutsch-deutsche Grenze hinweg sind allerdings stark belastet, durch die Tatsache, daß die Besucher aus der DDR kaum eigenes Geld mitbringen dürfen.

Sie sind - oder empfinden sich zumindest - als finanzielle Belastung für ihre Gastgeber in der Bundesrepublik. Für Bezieher kleiner Einkommen oder Renten sind die Kosten durch längerdauernde Besuche - Rentner aus der DDR können bis zu sechs Wochen hierbleiben - tatsächlich finanziell kaum zu verkraften.

Das einmalige Begrüßungsgeld in Höhe von 100 DM ist schnell aufgebraucht. Deshalb muß nach Möglichkeiten gesucht werden, den Kostendruck durch die von uns allen gewünschten Besuche aus der DDR von wenig finanzstarken Gastgebern zu nehmen.

Meine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung nach finanziellen Hilfen für Gastgeber mit geringem Einkommen oder Renten brachte keine Aussicht auf eine Verbesserung der Situation.

Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, über das einmalige Begrüßungsgeld hinaus, finanzielle Hilfen anzubieten. Ich bedaure das sehr und fordere die Bundesregierung auf, mit der DDR über neue Möglichkeiten zu verhandeln.

Ein angemessener Geldumtausch in der DDR oder eine Verrechnungsmöglichkeit von hier in der Bundesrepublik ausgegebener Mark/Ost könnte hier die nötige Abhilfe schaffen. Gäste aus der DDR, die oft über mehr DDR-Mark verfügen, als sie in der DDR ausgeben können, würden von dem unangenehmen Gefühl befreit, ihren Gastgebern auf den Taschen zu liegen, die Gastgeber in der Bundesrepublik könnten sich viel öfter über Besuche aus der DDR freuen, wenn diese nicht mehr so kostspielig wären.

(-/25.7.1988/rs/ks)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

### Die atomare Bedrohung durch die WAA macht nicht an Grenzen halt

Gemeinsame Aktionen gegen den Bau der atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf haben die bayerischen Jusos und die junge Generation (der SPÖ) Oberösterreich in einer gemeinsamen Erklärung beschlossen. Der Wortlaut:

Die junge Generation (der SPÖ) Oberösterreich und die bayerischen Jungsozialisten haben in mehreren Gesprächen beschlossen, in diesem Jahr zahlreiche Aktionen gegen die „Atomfabrik“ Wackersdorf zu unternehmen. Grund dafür ist die Tatsache, daß die atomare Bedrohung durch die WAA nicht vor den Grenzen haltmacht. Österreich würde ebenso wie Bayern von den Gefahren der „Atomfabrik“ betroffen sein.

Um die Solidarität auch nach außen hin sichtbar und rasch erkennbar zu machen, haben sich die junge Generation Oberösterreich und die Jusos auf den gemeinsamen Slogan „Wir lassen uns nicht spalten - gemeinsam gegen die WAA“ geeinigt. Mit einer grenzüberschreitenden Anti-Atom-Aktionsfolge wollen die Jungsozialisten in Oberösterreich und Bayern zeigen, daß die atomare Bedrohung alle angeht und daß nur ein gemeinsames Vorgehen aller Betroffenen das heute noch ferne, aber sicher erreichbare Ziel - den Ausstieg aus der Kernenergie - ermöglichen kann.

Die Jusos und die junge Generation weisen darauf hin, daß auch so bekannte Wissenschaftler wie der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker aufgezeigt haben, welche unvorstellbaren Gefahren auf uns zukämen, würde die WAA etwa nach Fertigstellung in einem Krisen- oder Terrorfall konventionellen Zerstörungsangriffen ausgesetzt. Außerdem wurde aufgezeigt, daß der Standort der WAA auch die Trinkwasserversorgung in Bayern und in weiterer Folge sicher auch im benachbarten Österreich gefährden könnte.

Bayerische und oberösterreichische Jungsozialisten wollen einander künftig regelmäßig auf halbem Weg treffen, um die weitere Vorgangsweise gegen die WAA genau zu koordinieren. Sie planen eine gemeinsame Anti-WAA-Plakataktion in Bayern und Oberösterreich. Außerdem wird eine gemeinsame Broschüre über die Gefahren der WAA erstellt.

Am 8. September 1988 findet im Linzer Presseclub eine Pressekonferenz der Jusos und der jungen Generation Oberösterreich gegen die WAA statt. Im Herbst wird es auch im oberösterreichischen Grenzraum eine gemeinsame große Anti-Wackersdorf-Veranstaltung geben. Außerdem organisieren beide Jugendgruppen im November eine Fahrt zum Bauzaun Wackersdorf.

Die junge Generation Oberösterreich wird ihre friedlichen Aktionen gegen die Kernenergie aber nicht nur auf die WAA beschränken, sondern auch gegen das CSSR-AKW Temelin eintreten. Langfristiges Ziel ist der totale Ausstieg aus der Kernenergie.

(-/25.7.1988/rs/ks)